Artikel vom 24.11.2021 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 19:15 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/borchert-umsetzen-und-noch-mehr

Borchert umsetzen und noch mehr



Dr. Elisabeth Legge

Immer mehr Fälle von Geflügelpest gibt es derzeit in Deutschland und in der vergangenen Woche wurde erneut ein Fall von Afrikanischer Schweinepest (ASP) in einem Mastschweinebestand festgestellt. Die Sorge vor einer weiteren Ausbreitung der Tierseuchen ist groß und insbesondere ASP sorgt für Streit und Diskussionsstoff.

Das Coronavirus hat uns leider voll im Griff. Von einem normalen Leben wie in den Zeiten vor der Pandemie kann im Moment keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Angst vor einer Erkrankung wächst bei vielen. Inzwischen werden neue Höchststände bei der Sieben-Tage-Inzidenz gemeldet und die Zahl der Neuinfektionen steigt und steigt. Das Leben wird jetzt wieder vielfach runtergefahren, um uns vor einer möglichen Infektion mit dem Coronavirus zu schützen.

In der Landwirtschaft machen sich derzeit zwei Viruskrankheiten breit: die Geflügelpest und die ASP. In NRW wurden in der vergangenen Woche zwei Geflügelpest-Fälle auf landwirtschaftlichen Betrieben im Kreis Paderborn festgestellt. In Niedersachsen, wo es zu Anfang der Woche aktuell acht bekannte Fälle auf Geflügelbetrieben gab, wurde der landesweite Tierseuchenkrisenfall festgestellt. In Belgien gibt es seit Montag vergangener Woche ein Ausstallungsverbot für Geflügel. Auch in weiteren anderen europäischen Ländern häufen sich die Seuchenfälle.

Und was ist mit der ASP? Sie hat Deutschland längst erreicht. Das ASP-Virus wurde am 10. September vergangenen Jahres bei einem Wildschwein in Brandenburg in der Nähe der polnischen Grenze nachgewiesen. Seitdem grassiert es. Immer wieder treten ASP-Fälle bei Wildschweinen auf und leider auch in Schweinebetrieben. Vergangene Woche wurde ein ASP-Fall in einem großen Mastschweinebetrieb in Mecklenburg-Vorpommern festgestellt. Natürlich hat der jüngste ASP-Fall auch wieder die Diskussion über die Tierseuchenbekämpfung des Bundes aufgeheizt. Dr. Till Backhaus, Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern, hat beispielsweise ein deutlich stärkeres Engagement in Sachen Impfung gegen die ASP gefordert (siehe S. 12).

Und der jüngste ASP-Fall hat auch wieder die Tierschützer auf den Plan gerufen. So hat der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, Thomas Schröder, den ASP-Fall als „Katastrophe mit Ansage, für die Tiere, aber auch für die Tierhalter“ bezeichnet. Hätte die Politik die Tierseuche so ernst genommen wie Corona und ausreichend Geld in die Impfstoffforschung investiert, dann wären wir jetzt deutlich weiter, kritisierte Schröder. Für den Präsidenten des Deutschen Tierschutzbundes ist ASP übrigens ein weiterer Beleg für ein Haltungssystem, das durch politisches Nichthandeln vor die Wand gefahren wurde. Etwa ins gleiche Horn tönt Dr. Dirk Zimmermann von Greenpeace, der den Seuchenfall in der Region Rostock als „Alarmsignal für eine Agrarwende“ verstanden wissen will. ASP sei auch Resultat agrarpolitischer Fehlentscheidungen, die aus Gründen des Wettbewerbs zu einer immer intensiveren Haltung geführt hätten, so Zimmermann.

Zugegeben, in Mecklenburg-Vorpommern hat die ASP einen großen Betrieb mit über 4 000 Mastschweinen getroffen. Aber in Brandenburg, wo bislang die meisten ASP-Fälle seit September vergangenen Jahres aufgetreten sind, handelte es sich meist um Kleinbetriebe. Eine Groß-Klein-Diskussion macht also wenig Sinn. Das ASP-Virus macht hier keinen Unterschied und das ASP-Virus macht auch gerade vor der von den Tierschützern empfohlenen Freiland- und Auslaufhaltung nicht halt.

Dies darf vor dem Hintergrund der Empfehlungen der Borchert-Kommission nicht vergessen werden. Mehr Tierwohl zu fordern, darf nicht bedeuten, den Schutz vor Erkrankungen zu vernachlässigen. Und da ist die Politik gefordert, dabei die Borchert-

Empfehlungen endlich beherzt anzugehen, aber dabei auch die Chancen moderner Impftechnologie für die Tiermedizin zu ermöglichen. Denn Bilder, die im Zusammenhang mit dem Seuchengeschehen leider Gottes immer noch an der Tagesordnung sind, sind gesellschaftlich heutzutage nicht mehr zu vertreten. Deswegen ist es notwendig, hier auch die Chancen zu nutzen, die wir jetzt im Zusammenhang mit der Corona-Situation erkannt haben.